

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

196 (18.7.1921) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Zeitungspreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 6.— M.,
in den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.50 M.,
anwärts durch unsere
Agenturen bezogen 6.— M.,
monatlich durch den Verlei-
her in's Haus gebracht
monatlich 6.— M., wochent-
täglich 18.— M.

**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Königsplatz 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Angaben:
die 9. o. d. Monatshefte
oder deren Anzahl a) 10 Pf.
1.40 M., b) auswärts 1.60 M.,
Kleinanzeigen 5.— M.,
erster Seite 5.50 M.,
Nachricht nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 19 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen höchstens
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 21 u. 207,
Schriftleitung 20 u. 894,
Schriftführer Nr. 19.

Geschäftsführer und verantwortl. Schriftf. Hermann v. Paer; für den wirtschaftl., badischen und lokalen Teil: Deitl, Verbaudi; für das Deutsche: Hermann v. Paer; für die „Pyramide“ Karl Jöhr; für Inserate
Dr. H. Müller; für die „Pyramide“ Dr. Richard Jäger, Berlin-Rantow, Mozartstraße 37. Telefon Zentrum 243.
Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 196. Montag, den 18. Juli 1921. Erstes Blatt.

Die Lazaretttschiffe.

Von Konteradmiral a. D. Kalan vom Hofe.

Vor dem Reichsgericht hat der erste der Pro-
teste, die von der Entente zur Sühne der ange-
leglich durch Grausamkeit und Mordlust deutscher
U-Bootskommandanten verletzten Menschheits-
rechte gefordert worden waren, mit dem Frei-
pruch des angeklagten Kapitänleutnants a. D.
Reinmann geendet. Es ist festgestellt worden,
daß ihm bei der Verletzung des englischen La-
zaretttschiffs „Dover Castle“ keine Ueberschrei-
tung der ihm von seinen Vorgesetzten, letzten En-
des vom Admiralstab erteilten Befehle vorge-
worfen werden kann und auch sonst kein Verhal-
ten einwandfrei gewesen ist.

Damit ist aber die Frage, ob der von höchster
deutscher Stelle zur Verletzung von Lazarett-
tschiffen gegebene Befehl rechtmäßig oder rechts-
widrig gewesen, keineswegs beantwortet. Diese
Angelegenheit muß vollständig klar gestellt wer-
den, um den vielfach in der Welt, nicht zuletzt in
Amerika, dem gegen uns bestehenden Haß als
grundlos zu erweisen. Vielleicht wird es uns
dann auch möglich, die Erreichung des Zieles,
das die Entente mit den sogenannten Kriegsver-
weigerungsprozessen in Wirklichkeit erstrebt, näm-
lich die Zweck des Handelskrieges die feindliche
Stimmung gegen Deutschland auf längere Zeit
zu erhalten, doch noch zu vereiteln.

Auf alle Fälle wird das Kapitel der Lazarett-
tschiffe noch oft zu Auseinandersetzungen zwischen
den ehemals kriegführenden Mächten geben und
es wird darum nützlich sein, zunächst einmal fest-
zustellen, was unter dieser Art von Schiffen zu
verstehen ist und welche Vorschriften für ihre
Befähigung bestehen.
Viel später als für den Landkrieg kam es zu
völkerrechtlichen Abmachungen zwischen den
Verwundeten und Kranken bei Kämpfen zur See.
Das 10. Abkommen der 2. Haager Friedenskon-
ferenz im Jahre 1907 bildete die erste und allein-
igste Grundlage für Verwendung und Behand-
lung der Lazaretttschiffe im Weltkriege. Dieses
Abkommen wurde von Deutschland ratifiziert,
von England nur, mit einigen Bedingungen, ge-
zeichnet. England folgte auch hierin dem Grund-
satz von seiner Willkür auf dem Meere, den es
„Die Freiheit der Meere“ zu nennen liebt, mit
der Absicht, sich je nach seinem Vorteil auf die Be-
stimmungen des Abkommens zu stützen oder sie
nicht anzuerkennen. Bei Ausbruch des Krieges
erklärte die deutsche Regierung sich an dieses Ab-
kommen gebunden und blieb dabei, obwohl von
englischer Seite eine öffentlich bekannt gewor-
dene Stellungnahme der Regierung nicht er-
folgte.

Die Lazaretttschiffe sollen den in Seekämpfen
verwundeten, krank oder schiffbrüchig gewordenen
Menschen Hilfe bringen, sie aus den Gefahren
des Kampfes und von den Härten des See-
krieges entfernen. Zu Hilfeleistungen und Trans-
porten anderer Art bei Kämpfen am Lande sind
sie nicht berechtigt. Sie müssen die Flagge ihres
Landes führen. Sie sind für ihren Zweck beion-
ders auszurüsten und kenntlich zu machen. Als
Auszeichen kommen in Betracht die Regierungen
der kriegführenden Staaten für die militärischen
oder staatlichen Lazaretttschiffe, Private oder Ge-
sellschaften der kriegführenden oder Neutralen für
Privatlazaretttschiffe. Diese Art scheint im
letzten Kriege nicht aufgetreten zu sein.

Alle Lazaretttschiffe unterscheiden oder müssen sich,
auch die neutralen, dauernd der Staatsgewalt
der kriegführenden Parteien unterstellen. Den-
noch dienen sie nicht ausschließlich den Interessen
einer Partei, sondern sollen den Verwundeten,
Kranken und Schiffbrüchigen, ohne Unterschied
der Nationalität, Hilfe bringen. Zu anderen
Zwecken als zu dieser Hilfsfunktion dürfen sie
nicht gebraucht werden. Keinesfalls sind sie für
eine Transportzwecke, zur Ueberführung von
Kranken, Verwundeten aus einem Hafen nach
einem anderen bestimmt.

Sie haben sich einer besonderen Rücksichtnahme
und schonender Behandlung von Freund und
Feind zu erfreuen. So dürfen Lazaretttschiffe
während der Dauer von Feindseligkeiten nicht
fortgenommen werden. Sie sind kenntlich zu
machen durch weißen Anstrich und die rote Kreuz-
flagge; die staatlichen Lazaretttschiffe erhalten
einen grünen, die Privatlazaretttschiffe einen
roten Streifen der Länge nach um das Schiff-
rumpf; nachts müssen diese Abzeichen durch Beleuch-
tung sichtbar gemacht werden. Sie dürfen
nicht artilleristisch bemannet sein; wohl aber darf
das Personal der Lazaretttschiffe zur Aufrechter-
haltung der Sicherheit an Bord bewaffnet sein.

Unter keinen Umständen dürfen sie die Be-
wegungen der kriegführenden Parteien behindern, die be-
rechtigt sind, den Lazaretttschiffen besondere Wege
zu weisen und sie durch Anordnungen von Kom-
mandanten kontrollieren zu lassen. Außerdem un-
terliegen sie dem Aufsicht- und Durchsuchungs-
recht der kriegführenden beider Parteien, die
auch die Auslieferung der Verwundeten, Kranken
und Schiffbrüchigen ohne Rücksicht auf die Na-
tionalität verlangen können. (Die Aufnahme an
Bord eines Lazaretttschiffes soll also die betref-
fenden keineswegs vor Gefangennahme schützen.)
Einen besonderen militärischen Schutz haben sie
deswegen nicht nötig. Im Gegenteil müssen die

Lazaretttschiffe alles vermeiden, was sie in den
Verdacht bringen könnte, sie wollten eine Partei
begünstigen und sich ihren Verpflichtungen ent-
ziehen, indem sie sich durch Verstärker oder Kreu-
zer einer Partei begleiten lassen, sich durch Kreu-
zer während der Nacht die vorgeschrie-
benen Lichter löschen.
Im Interesse der Sicherheit der Lazaretttschiffe
und zur Verhinderung von Mißbrauch haben sich
die kriegführenden die Namen ihrer Lazarett-
tschiffe mitzuteilen. Daraus ergibt sich ohne wei-

teres, daß der Charakter dieser Schiffe nicht ein-
seitig und willkürlich, je nach den wechselnden,
sonstigen Bedürfnissen einer Partei geändert
werden soll. Es besteht auch bei den Verhand-
lungen der Friedenskonferenz und sonst Einig-
keit darüber, daß während der Dauer eines Krie-
ges die Umwandlung eines Lazaretttschiffes in ein
Kriegsschiff oder Handelsschiff nicht statthaft sein
sollte. Als gänzlich widersinnig erschien die
lediglich auf Täuschung des Gegners hinauslau-
fende periodische Verwendung desselben Schiffes

Drachlicher Nachrichtendienst.

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Frankreichs neuer Schlag gegen Deutschland.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
braucht:

Die mündlichen Beschwerden des französischen
Botschafters beim deutschen Außenminister und
die Note Frankreichs an die Regierungen der
anderen alliierten Länder sind die Bestätigung
und Begründung für die gestern hier erörterte
Taktik der Verögerung in der oberösterreichischen
Angelegenheit. Sie bestätigen, daß Frankreich
beabsichtigt, mit den alten Mitteln französischer
Beschuldigungen einerseits Repressalien gegen
Deutschland vorzubereiten, andererseits durch
Notenwechsel und Verhandlungen für sich zu ge-
winnen. Glücklicherweise ist die Auswahl der
französischen Argumente zu ungeschickt getroffen,
daß es der deutschen Regierung nicht schwer fal-
len wird, sie Punkt für Punkt zu widerlegen.
Um nur ein herauszugreifen: 10 000 Mann der
Höfer-Armee sollen im Aufstanzgebiet „ver-
steckt“ sein. Es handelt eben um die oberösterreich-
ische Selbstschutztruppe, die Werkstatte und Schrei-
tische verließen, um mit der Waffe in der Hand
die Heimat zu verteidigen, und die nun jetzt in
Oppeln, Kreuzburg oder wo sie sonst im Auf-
stanzgebiet beheimatet sind, ihrer alten Bestim-
mung wieder nachgehen. Oder: General Höfer
konspirierte noch in Brügge. Seit Mittwoch
voriger Woche weiß Höfer bereits erwiefermaßen
in seinem alten Wohnsitz Koburg.

Es ist zu begrüßen, daß der deutsche Außen-
minister Dr. Rosen mit der alten Methode, derau-
ßer Botschafterbeschwerden schweigend hinzu-
nehmen, gedrohen, und daß er Herrn Laurent
gleich ein paar schlagkräftige Beschwerden und
Widerlegungen präsentiert hat. Es wäre dan-
kenswert, wenn die Reichsregierung in ihrer
ausführlichen Antwort besonders eingehend mit
dem Teil der Note sich beschäftigen würde, in
dem Frankreich von „Drohungen Deutschlands“
spricht, die „ohne Zweifel einen polnischen Auf-
stand hervorrufen würden“. Es handelt sich
hier um einen plumpen Versuch der französischen
Regierung, die Verantwortung für den vierten
Aufstand, über den man in Paris ja so gut un-
terrichtet ist, rechtzeitig den Deutschen in die
Schuhe zu schieben.

Die Aufnahme, die die neue französische De-
marche in der Pariser Sonntagspresse findet,
zeigt neben dem gewöhnlichen Mißverständnis,
wenn auch diesmal etwas dünner, Spuren von
spezifischer Auffassung. Man bezweifelt, ob
die englische Regierung sich der Haltung der
französischen Regierung anschließen werde. Der
„Petit Parisien“ gibt sogar der Meinung Aus-
druck, daß die Wiederherstellung der Ordnung
in Oberösterreich besser durch schnelle Entschlei-
dung des Schicksals der Provinz als durch
Truppenentfendungen und neue Verhandlungen
garantiert werde. „Gaulois“ sagt: Die un-
entschiedene oberösterreichische Frage sei ein dauern-
der Friedensstörer, der das Abkommen Lou-
cheur-Kathenau hinfällig machen könne, bevor
es abgeschlossen ist. *

Zurückweisung französischer Anlagen durch Dr. Rosen.

w. Berlin, 17. Juli. Gestern nachmittag er-
öffnete der französische Botschafter Laurent
dem Außenminister Dr. Rosen, daß bei der
französischen Regierung nach den sehr bestimmten
Berichten des Generals Peron und den drin-
genden Mitteilungen der polnischen Regierung
kein Zweifel bestehe über den infolge des Be-
haltens der Deutschen immer drohen-
den Charakter der Lage in Ober-
österreich.

Er stellte folgende Forderungen:

1. Es wird von Deutschland jede notwendige
Maßregel verlangt, um die Selbstschutz- und
die Streifkorpsorganisationen zu entwaffnen,
aufzulösen und von der Grenze Ober-
österreichs zu entfernen.
2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwen-
digen Maßregeln zu treffen, damit die Entschlei-
dung der alliierten Mächte und die Ausfüh-
rung des Friedensvertrages in Ober-
österreich keinen Widerstand findet.

3. Deutschland hat alle Maßregeln zu treffen
für die schnelle Herbeischaffung von fran-
zösischen Verstärkungen, welche etwa
nach Oberösterreich geschickt werden sollen; Frank-
reich beabsichtigt, eine Division nach Deutsch-
land zu entsenden.

Der Außenminister hat bei Entgegennahme
dieses Schrittes den französischen Botschafter so-
fort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam ge-
macht, daß schon seit Wochen und namentlich seit
der sogenannten Säuberungsaktion ähnliche und
noch viel schärfere Klagen täglich und stünd-
lich von deutscher Seite aus Oberösterreich
erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen
Botschafter auch daran erinnert, daß er vor Be-
ginn der Säuberungsaktion den Zweifel des
deutschen Kabinetts an der Wirksamkeit der Maß-
nahmen zum Ausdruck gebracht und die Ueber-
zeugung ausgesprochen habe, daß die polni-
schen Injurien nur äußerlich entwarf-
net, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben
und dort ihre terroristische Tätigkeit weiterhin
ausüben werden. Am 7. Juli hat der Außen-
minister ferner den französischen Botschafter durch
einen Kattowitzer Großindustriellen Mitteilun-
gen machen lassen, durch die die Wichtigkeit dieser
Voraussetzungen bestätigt wird. Diese Mitteilun-
gen des Kattowitzer Augenzeugen, von denen die
französische Regierung Kenntnis erhalten hat, er-
gaben die tatsächliche Gemisheit darüber, daß
nur die regulären polnischen und ein Teil
der Haller Soldaten über die Grenze ab-
transportiert seien, um jenseits weiter-
ausgebildet und zu Stammformationen für den
vierten polnischen Aufstand zusammengeführt zu
werden, daß die Waffen nicht abgeliefert,
sondern versteckt und daß, um Beschädigungen
durch Risse zu verhüten, sie in eigens dazu her-
gestellten Zinkfässen verpackt werden, daß
Führer und Mannschaften in Verkleidungen
nach wie vor hantieren. Dafür, daß die Orga-
nisationen der Injurienten noch bestehen lie-
ben, daß sogar Herr Korfanty das Verblei-
ben auf oberösterreichischem Boden gestattet werde,
sei eine Folge der Amnestie, die hierzu jede ge-
wünschte Erleichterung biete. Eine endgül-
tige Stellungnahme auf den Schritt des fran-
zösischen Botschafters behält sich der deutsche Mini-
ster des Auswärtigen vor.

Pariser Pressfestimmungen zu dem Schritt der Regierung.

Paris, 17. Juli. Die Pariser Morgenpresse
bereitet der französischen Note über Oberöstei-
rien nur eine teilweise zustimmende
Aufnahme. Auch der Regierung nahegehende
Blätter drücken Zweifel darüber aus, ob die vom
Ministerpräsidenten eingenommene Haltung die
richtige sei. Vor allem äußert sich der „Petit
Parisien“ skeptisch. Philippe Millet schreibt
in diesem Blatt u. a.: Gerechterweise sei die
französische Regierung erregt über die Attentate,
deren Opfer Franzosen in Oberösterreich
geworden seien. Mit gutem Recht könne man
darauf hinweisen, daß die deutschen Drohungen
in Volksabstimmungsgebiet noch vorhanden
seien. Daraus folgert man nun, daß man war-
ten müsse, während man im Gegenteil in Ge-
danken daraus ableiten könne, daß man sich be-
eilen müsse. Je mehr an eine endgültige Lö-
sung, vor die man die Polen und die Deutschen
stellen müsse, hinausgezögert, desto mehr müsse die
Erregung beiderseits wachsen. Das
Problem der Grenzziehung gemäß den
Ergebnissen der Volksabstimmung sei offenbar
mit Absicht kompliziert worden. Es sei schon
selbstsam, daß man bis zum 20. März 1921 gewar-
tet habe, um abstimmen zu lassen; das hätte 6
Monate früher geschehen können. Jetzt bestimme
man sich schon seit vielen Wochen vor einem
Vermittlungsversuch des Grafen Sforza,
den die Polen in großen Linien anzunehmen
bereit wären. Worauf wartet man nun noch
immer, ihn anzunehmen?

Die Unsicherheit in Oberösterreich.

t. Kattowitz, 18. Juli. Die Unsicherheit im
Kreise Kattowitz ist durch die erfolgte Säube-
rungsaktion nicht vermindert worden,
sondern scheint nach täglich eintreffenden Mel-
dungen, über Raubüberfälle, Einbrüche usw.
immer größer zu werden.

Bald als Hilfskreuzer, bald als Lazaretttschiff,
bald als Truppentransportschiff und dann wie-
der als Hilfskreuzer u. s. f.

Wird ein Lazaretttschiff in ein Kriegsschiff oder
Handelsschiff zurückverwandelt, so verliert es den
Schutz der Neutralität, der ihm bisher zufließt.
Wird ein Lazaretttschiff dazu benutzt, um dem
Feind zu schaden, so verliert es selbstverständlich
jeden Schutz. Es bleibt schon so: in der Frage
der Lazaretttschiffe ist die Welt, ist besonders auch
Amerika, grausam belogen worden. Auch heute
noch wissen die irreführten Zeitgenossen wahr-
scheinlich nicht, daß der Begriff eines Lazarett-
tschiffes, wie ihn die Engländer ihnen dargestellt
haben, erheblich von dem allein zulässigen ab-
weicht. Darüber, daß nur das oben erwähnte
Abkommen über die Anwendung der Grundzüge
der Genfer Konvention auf den Seekrieg und die
bei seiner Beratung vorgeschritten und allgemein
anerkannten Begriffsbestimmungen völkerrecht-
lich von Bedeutung sein können, dürfte im Ernst
doch kein Zweifel mehr bestehen.

Der Zusammenschluß von Baden und Württemberg.

Ein Nachwort zur Donaueschinger Versammlung.
Von E. Rebmann, Freiburg.

Die Donaueschinger Versammlung, die sich
mit dem Zusammenschluß von Württemberg und
Baden befaßte, hat weit über die Grenzen der
beiden Länder hinaus Beachtung gefunden, trod-
dem sie zu einem greifbaren Abschluß nicht ge-
langt ist. Doch hat sie das Verdienst, daß sie in
wesentlichen Punkten die Frage geklärt hat.

Zunächst wurde mit den vielfach unklaren Vor-
stellungen aufgeräumt, die in manchen Köpfen
über das Maß von Souveränität noch spukten,
die nach der Revolution den Ländern geblieben ist.
Neuere Politik, Meer und Flotte, Rechtspre-
dung, Eisenbahn und Post, Wasserstraßen und
Elektrizitätswesen, soziale Gesetzgebung, große
Wirtschaftsfragen sind Angelegenheiten des
Reichs; die Finanzhoheit der Länder ist fast ganz
ausgehöhlet. Jetzt schied das Reich sich noch an,
auch in die Schulfragen in einschneidendem Maß
einzugreifen. Den Ländern bleibt, soweit sie nicht
als Beauftragte des Reichs tätig sind, die innere
Verwaltung und die Kulturaufgaben, Schule,
Wissenschaft, Kunst, soziale Fürsorge. Aber auch
dieser Besitz ist nicht gesichert. Jeder Tag kann
ein Eingreifen des Reichs bringen. Auch ist
manches noch in der Ausführung stehen geblie-
ben. Wie Professor Endres meinte, finden
heute noch, wie ehemals, Konkurrenzrentierungen
zwischen den süddeutschen Eisenbahndirektionen
statt. Es ist aber nicht zu zweifeln, daß, wenn erst
einmal das deutsche Reich an innerer Kraft ge-
wonnen haben wird, es folchem Anflug mit
rascher Hand ein Ende bereiten wird.

Zum erstenmal wurden die technischen
Schwierigkeiten der Vereinigung der bei-
den Länder eingehend und zu voller Klarheit
dargelegt. Sie sind wesentlich größer, als der
Raum vermutet und liegen auf dem Gebiet der
inneren Verwaltung, die in den letzten 100 Jah-
ren in beiden Ländern aus ihren so vielfach ver-
schiedenen geschichtlichen, kulturellen und wirt-
schaftlichen Verhältnissen heraus verschieden
aufgebaut wurde. Ihren Niederschlag hat diese Ent-
wicklung in den zahllosen Geseßen und Ver-
ordnungen gefunden, die den reibungslosen
Gang der Verwaltungsmaschine schaffen sollen.
Dies ganze Gebiet neu aufbauen zu wollen, würde
eine Riesenaufgabe sein und würde ebenso sicher
zu schwersten Bestimmungen weiterer Volks-
kreise führen, wie der Versuch, Baden württem-
bergisch verwalten zu wollen, oder umgekehrt, da
die innere Verwaltung tagtäglich in kleine und
kleinste Angelegenheiten des täglichen Lebens
eingreift, man denke nur an das weite Gebiet
der Polizei. Ebenso unumgänglich ist aber auch das
Vorbild Preußens, das 1806 den „neuen Pro-
vinzen“ ihre Verwaltung gelassen hat. Das
konnte der große Staat Preußen mit zure-
ichend durchzuführen. Für Baden und Württem-
berg würde das einen Dualismus schaffen, der
den neuen Staat in kurzer Zeit aus den Fugen
treiben würde.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß vor
erheblichen Ersparnissen beim Zusamen-
schluß nicht die Rede sein kann. Nimm man den
einfachsten Fall, daß Baden in Württemberg
aufginge, so könnte die Zahl der Abgeordneten
verringert werden, und Stellen von Ministern
und vielleicht einige Zentralbehörden hätten
wegfallen. Der ganze übrige Beamtenapparat
aber müßte bleiben. Ja er müßte wohl noch
durch eine Abwidlungshelle vermehrt werden.
Was dann etwa noch an Ersparnissen übrig
bliebe, würde durch erhöhte Reisefosten der Be-
amten aufgehört werden. Was aber die Ver-
einfachung der Staatsverwaltung
anbelangt, so wird ihr wohl in absehbarer Zeit
das bisherige Schicksal beschieden sein, daß der
Staat gegenüber dem Widerstand der Inter-
essenten jedesmal auch von einschneidenden Schrit-
ten Abstand genommen hat. Dazu kommt aber
als neu, daß die letzten zwei Jahre mächtige
Beamtenorganisationen geschaffen wurden, ohne
keine Mitwirkung Minderheiten im Aufbau

der Verwaltung nicht mehr möglich sind. Und in welchem Sinn diese wirken würden, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Aber dem mag sein, wie es will, jedenfalls könnte der neue Staat Baden-Württemberg nach dieser Seite auch nicht mehr leisten, als was jeder der beiden einzelnen Staaten für sich durchzuführen vermag. Nun aber die Unterrichtsverhältnisse! Der „Luxus“ von 3 Universitäten und 2 Technischen Hochschulen in einem Gebiet von wenig über 5 Millionen Menschen! Aber sind den unsere Hochschulen noch Landesanstalten, wo z. B. von den rund 10 000 Studenten der badischen Hochschulen wenig mehr als 10 Prozent Badner sind, von den Hochschullehrern gar nicht zu reden? Vor allem andern aber ist in Donaueschingen mit vollstem Ernst daran hingewiesen worden, daß heute die geistige Arbeit die Grundlage nicht nur unserer Kultur, sondern auch unserer Wirtschaft, daß damit die Wissenschaft das Fundament unserer Existenz bildet. Sie muß also das Allerheiligste sein, das wir der Not opfern. Entsprechendes gilt von den höheren Lehranstalten. Bei diesen ist außerdem noch abzuwarten, ob nicht durch die Gleichstellung von Kopf- und Handarbeit, die die Revolution vorgenommen hat, mit der Zeit ihren Besuch so abmindert, daß von selbst Ersparnisse eintreten. Im ganzen aber dürfte sich herausstellen, daß finanziell beim Zusammenschluß nichts herauskommt.

Aber, so wird eingewendet, die Not wird uns zwingen, einzusparen, und wir wollen oder nicht. Das wird leider wohl richtig sein. Aber können wir heute schon den Umfang übersehen, den die Not einmal einnehmen wird? Und kann diese Unsicherheit die Grundlage sein, auf der wir so schwerwiegend organische Veränderungen aufbauen sollen, wie es der Zusammenschluß der Länder ist?

Ueber die Art und Form des „Zusammenschlusses“ herrscht noch völlige Unklarheit. Daß dabei Baden in Württemberg aufgehen müßte, ist in Baden weitverbreitete Meinung — und in Württemberg auch. Zwar versicherten in Donaueschingen sämtliche württembergischen Redner, daß an eine Annexion Badens, also an ein Aufgehen Badens durch Württemberg nicht gedacht werden dürfe, ebensowenig wie an eine Uebersiedelung Badens. Aber wie dann die Sache eigentlich zu machen sei, blieb ganz ungeklärt; über allgemeine Nebenarten kam man nicht hinaus. Und doch sollte über diese Frage qualifizierte Klarheit geschaffen werden. Wie auf diesem Gebiet falsche Schritte sich rächen, zeigt mit erschütternder Deutlichkeit die Geschichte des Reichslands Elsaß-Lothringen, wo die Unklarheit seiner staatsrechtlichen Stellung das Land nie zur Ruhe kommen ließ und eine der wesentlichsten Gründe geworden ist, die die Einneigung zu Frankreich nach hielten. Daß die Württemberger nicht beabsichtigen, Baden zu übervertreiben, ist an sich erstens und ebener Verhandlungen die Wege. Aber daß Arbeitsminister Engler unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen über die Redaktionsanalyse im Gespräch zu der in seiner Partei herrschenden Meinung sich so bestimmt gegen den Anschluß ausgesprochen hat, gibt doch zu denken.

Eine große Rolle spielen in Donaueschingen die wirtschaftlichen Interessen, deren Förderung durch den Zusammenschluß von einer ganzen Reihe von Anschließern erwartet wurde. Welcher Art aber im einzelnen die erhofften Vorteile sein würden, ob bei der Beschaffung der Rohstoffe, oder der Verwertung der Erzeugnisse, oder hinsichtlich der Arbeiterverhältnisse oder beim Verkehr mit den Behörden oder sonst irgendwie, das blieb im Dunkeln. Was an Einzelheiten vorgebracht wurde, war Kleinram: Ernährungsnot — als ob nicht die Aufhebung der Zwangsirtschaft auf diesem Gebiet in kürzester Frist wieder einheitliche Verhältnisse über das ganze Reich hin schaffen würde — und Unfruchtbarkeit des Grenzverkehrs. Solche Dinge sind ja im Augenblick peinlich. Eine Arbeitsonderheit wäre es, solche vorübergehende Schwierigkeiten durch organische

Veränderungen schwerwiegendster Art lösen zu wollen. Selbst die Donauversicherung müßte wieder aufmarschieren, als ob es nicht eine selbstverständliche Pflicht der badischen Regierung gewesen wäre, die Industrie des Reichslandes zu schützen. Ueberaus peinlich aber mußte es berühren, daß aus heranziehenden Gründen der Bürgermeister von Singen den Anschluß forderte, der Stadt, die unter dem badischen Regiment und unter tätiger Mitwirkung der badischen Regierung im letzten Menschenalter einen geradezu beispiellosen Aufschwung genommen hat und aus einem kleinen Bauerndorf von ein paar hundert Seelen eine blühende Industriestadt von weit über 10 000 Einwohnern geworden ist. Nach allem konnte zum Schluß wohl mit Recht gesagt werden, daß für die Beurteilung der Frage, wie der Anschluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder einwirken werde, die Verjüngung eine Klärung nicht gebracht habe. Wirtschaftlichen Not und Sorgen kann man eben mit Maßnahmen, die auf ganz anderem Gebiet liegen, nicht bekommen; das geht gegen die Natur und muß mit Unlegen enden. Das deutsche Reich ist ein großes Wirtschaftsgebiet und muß sich früher oder später wieder in die Weltwirtschaft eingliedern.

Den schwersten Nachdruck legten die beiden Sprecher der Anschließergewerkschaft auf die politische Seite der Frage. Der Zusammenschluß von Baden und Württemberg würde einen neuen Mittelstaat etwa von der Größe von Bayern schaffen, der mit Naturnotwendigkeit und von innen heraus dazu gedrängt würde, seine eigene Politik zu machen, gegen Berlin und gegen München, je nachdem. Das aber erträgt das Reich, so wie es jetzt ist, schlechterdings nicht. Zudem würden unsere Feinde eine neue Stelle finden, an der sie den Hebel ansetzen könnten, um das Reich zu zertrümmern. Dem französischen Gesandten in München würde dann wohl recht bald ein solcher in Stuttgart folgen. Der Einwand, daß ein größerer Staat Baden-Württemberg bei der jetzigen Reichsregierung offene Ohren finden würde, als jetzt die beiden einzelnen Staaten, ist nicht stichhaltig. Auch hier muß gesagt werden, daß man vorübergehende Schwierigkeiten — und eine Reichsregierung, die berechtigten Forderungen der kleineren Länder gegenüber taub bleibt, ist hoffentlich eine vorübergehende Erscheinung — nicht durch dauernde organisatorische Änderungen soll heilen wollen. Jedenfalls aber wäre der Versuch, zum Zweck des Kampfs gegen die Reichsregierung, die doch die Reichseinheit darstellt, einen neuen großen Einzelstaat aufzubauen, ein schwerer Schlag gegen die Reichseinheit selbst. Dazu mitzuhelfen soll man uns Badenern nicht zuzumuten. Erfreulich war, daß diese Erwägungen keinen Widerspruch fanden, sondern daß alle Redner, die sich dazu äußerten, sich warm für die Erhaltung der Reichseinheit aussprachen. Was der sozialdemokratische Redner dazu sagte, ließ sich an sich wohl hören. Er verkamte aber, daß die Gedankengänge seiner Partei, die er vorzutragen, folgerichtig durchgehend zum Einheitsstaat führen, nicht aber zur Schaffung neuer Mittelstaaten. Die Frage der Palz endlich, die gekreist wurde, birgt solche Schwierigkeiten in sich, daß sich zur Zeit eine befriedigende Lösung schwerlich finden ließe. Wer es mit diesem armen Land gut meint, wird so lange schweigen, bis der letzte Franzose seinen Boden verlassen haben wird.

Im ganzen würde also der Zusammenschluß der beiden Länder ihre Staatsmaschine in einigem vereinfachen, in der Hauptsache aber beim alten lassen müssen, würde finanziell kaum irgendwelche Ersparnisse bringen, würde politisch schwerste Bedenken erregen, während die wirtschaftlichen Folgen ganz im Dunkeln liegen. Eines nur ist ganz sicher: den beiden Ländern würde eine neue schwere Arbeitslast aufgebürdet und das in einer Zeit, in der wir kaum wissen, woher wir Zeit und Kraft nehmen sollen, um

auch nur die drängendsten Aufgaben zu lösen, die uns jeder Tag vor die Füße wälzt. Man muß daher die Frage, ob Baden und Württemberg zu einem Staat vereinigt werden sollen, mit einem bestimmten und klaren Nein beantworten.

Die Erörterungen aber, die bisher über die ganze Frage gepflogen worden sind, haben doch gezeigt, daß das heutige Nebeneinander und vielfach auch Gegeneinander der beiden Staaten nicht mehr der richtige Zustand ist und durch ein Kraft und Zeit sparendes Zusammenarbeiten abgelöst werden sollte. Wenn man die Einzelgebiete erwägt, auf denen das möglich und wünschenswert ist, so müssen alle diejenigen ausscheiden, die Reichslande geworden sind. Man rede also nicht mehr von Eisenbahn und herartigem mehr. Ein Anfang ist mit der Zusammenlegung des forswirtschaftlichen Unterrichts nach Freiburg gemacht. Weitere Zweige könnten folgen; man kann an die Vorbildung der Tierärzte, der Geometer u. a. m. denken, auch an einzelne Spezialwissenschaften, an Fürsorgeeinrichtungen. Und für wirtschaftliche Fragen sehe man die beiderseitigen Handelskammern, Handwerkerkammern, Landwirtschaftskammern, Arbeitervereinigungen und ähnliche Organisationen zu gemeinsamer Arbeit an einen Tisch, das wird brauchbare Arbeit liefern. Das wird auch den Nebel von Misstrauen auflösen, der sich zwischen die beiden Länder gelegt hat und wird Vertrauen schaffen. Ein vertrauensvolles Zusammenwirken der beiden Länder aber wird ohne weiteres ihre Stellung in Berlin stärken machen. Die guten Folgen aber werden sich alsbald zeigen, wenn erst einmal der jetzige üble Zustand aufhört, das einmal der württembergische und das andererseits der badische Gesandte in Berlin früher aufgefunden ist, als sein Kollege und das Ohr der Reichsregierung, für seinen Standpunkt gewonnen hat. Ein solches Zusammenarbeiten würde nichts zerstören, was historisch geworden, was an sich gut und uns lieb geworden ist. Es würde wohl viel mühselige Arbeit bringen, würde aber die beiden Länder in ruhigem langsamen Wachsen sicherer und fester zusammenführen, als ein überstürzter äußerlicher Zusammenschluß.

Badischer Landtag.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Unter Hinweis auf die Pressemitteilungen, wonach die Reichseisenbahnverwaltung Bayern Zugeständnisse gemacht hat, welche die Zuständigkeitsgrenze der bayerischen Zweignelle des Verkehrsministeriums vergrößern und Bayern eine erhöhte Selbständigkeit auf technischem und tariflichem Gebiet gewährt, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion an die Regierung eine Anfrage gerichtet, in der Auskunst gewünscht wird, ob Schritte unternommen worden sind, die Einheitlichkeit des deutschen Eisenbahnwesens nicht durch Sonderabmachungen durchbrechen zu lassen, oder, wenn dieses Ziel nicht mehr zu erreichen ist, für das Gebiet der früheren badischen Eisenbahnverwaltung dieselben Zugeständnisse zu erhalten, wie sie Bayern gewährt wurden.

Deutsche Demokratische Partei.

Morgen abend 8 Uhr findet in der Brauerei Schreypp (Saal 3) ein Abend für freie Aussprache statt, bei dem der Landtagsabgeordnete Dr. Leyer den einleitenden Vortrag über das Grundstücksprenges halten wird.

Aus Baden.

e. Durlach-Aue, 18. Juli. Die Eingemeindung der Gemeinde Aue mit der der Stadtgemeinde Durlach wird voraussichtlich auf 1. August d. J. vollzogen. Der Gelehtentwurf wird in allerhöchster Zeit im Landtag beraten werden. Die Stadt Dur-

lach bekommt dadurch zirka 3000 Einwohner mehr und hat dann im ganzen zirka 18000 Einwohner. Die Gemarkung Aue ist nicht groß. Sie ist ganz von der Durlacher Gemarkung umschlossen und umfaßt 282 ha 86 a 67 qm. Bisher schon hatte die Stadt Durlach auf Gemarkung Aue einen größeren Liegenschaftsbesitz als die Gemeinde Aue selbst. Der Gesamtbesitz der Gemarkung vergrößert sich durch den Zugang von Aue auf 2777 ha 12 a 69 qm. Der überwiegende Teil von Aue mit etwa Vierfünftel ist evangelisch, Einünftel ist katholisch. Das Vermögen der Gemeinde Aue beläuft sich auf 320761 Mark, wovon auf Grundstücksvermögen 254800 M. entfallen. An Haushaltungen sind im ganzen 670 vorhanden. Auch die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit ist in Aue ziemlich groß, so daß die Stadt Durlach in dieser Beziehung eine große Aufgabe zu erledigen bekommt. Der Bürgerneuzug in Aue — die Zahl der ortsanwesenden Bürger in Aue betrug am 1. Januar 1921 215 und die der Bürgerwitwen 42 — besteht lediglich in Gahlofbezug und bleibt als solcher bestehen. Gas und Wasser hatte die Gemeinde Aue bisher schon von Durlach. Die Beamten werden in den Dienst der Stadt Durlach übernommen; ein Teil davon findet Verwendung auf dem für verschiedene Dienste zu errichtenden Gemeindefrat. Bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Gemeinderats Durlach treten diesem drei vom Gemeinderat Aue aus seiner Mitte zu wählende Mitglieder bei. In den Bürgerauschuss kommen auf die gleiche Weise 12 Vertreter des Stadtteils Aue. Der Volksschulunterricht in Aue wird dem erweiterten Unterrichtsplan der Durlacher Volksschule angepaßt. Der für Aue festgestellte Ortsbauplan bleibt in Kraft, insoweit er mit dem Durlacher Ortsbauplan und der durch ihn gegebenen Erweiterung des Durlacher Baugebiets in Übereinstimmung steht. Die planmäßig festgestellten Ortsstraßen in Aue sollen ausgebaut werden, insoweit sich hierfür ein Bedürfnis ergibt. Die Entwässerung in Aue ist durchzuführen, wenn die finanziellen Verhältnisse der Stadt Durlach dies gestatten.

m. Maxau, 18. Juli. Gestern nachmittag ist ein Soldat der französischen Besatzung beim Baden im Rhein ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

o. Forzheim, 16. Juli. Für den Forzheimer Ausflugsverkehr werden jetzt ebenfalls Sonntagsfahrkarten verkehrsweise eingeführt.

l. Wiesloch, 17. Juli. Bei dem Antrag, den die Landesfinanzverwaltung an das Reichsfinanzamt richtete, die bei der Errichtung eines Finanzamtes hier notwendig werdende Erstellung eines Doppelwohnhauses für die Beamten aus Reichsmitteln durchzuführen, ist sie auf ablehnenden Bescheid gestoßen. An der Stadt selbst liegt es nun, ob sie durch Neubau von sechs bis acht Wohnungen zum Finanzamt erhoben wird, oder ob sie sich dieser Ausgabe weigert und damit Finanzamt und das schon lange hier tätige Steuerkommissariat verliert. Im ersten Fall übernehmen die Reichsbehörden einen wesentlichen Teil des ungedeckten Aufwandes.

a. Weinsheim, 17. Juli. Das 40jährige Priesterjubiläum des Geistlichen Rates Gustav Beder, 65 Jahre alt, wurde heute feierlich begangen. Bei dem Gottesdienste wurde die große Dreieckermesse von Griesbacher angeführt. Pfarver Frion-Erlingenweiler hielt die Festpredigt. Der katholische Stiftungsrat überreichte dem Jubilar zur Neuanschaffung der Kirchenglocken eine Sammelspende von über 30000 M. Bei der weltlichen Feier im „Schwarzen Adler“ hielt Prof. Burger die Festrede.

o. Weinsheim, 16. Juli. In Heppenheim brach in der Mülbacher Zigarettenfabrik Feuer aus, dem der ganze Dachstuhl zum Opfer fiel. Reiche Vorräte an Tabak und Zigaretten wurden vernichtet.

x. Rastatt, 16. Juli. Der erweiterte Vorstand der Krankenkasse des Landesverbandes der Bad. Gewerbe- und Handwerker-

Franzosen und Insurgenten.

Von unserem nach Oberschlesien entsandten Sonderberichterstatter.

Kattowitz, Mitte Juli 1921.

Der Eindruck des angeblich „beruhigten“ und von den Insurgenten befreiten Oberschlesiens sammelt, sammelt die Leiden eines Volkes. Ob man in Hindenburg, ob man in Gleiwitz, ob man in Königshütte oder in einem der vielen kleinen Orte mit Deutschen spricht: das Bild bleibt das gleiche. Eine rechtlose Bevölkerung wird mißhandelt und brutalisiert von zum Teil landfremden Polen. Deutscher aber noch als man es bisher wußte, tritt dabei die Wahrheit zutage, daß die Franzosen nicht nur teilnahmslos und höflich den Leiden dieser Bevölkerung, die sie beschützen sollten, zusehen, sondern ihrerseits die Insurgenten mit allen Mitteln in Unterstützung haben, ihrerseits mitgeholfen haben, die deutschen Leiden zu vermehren.

Ehe man noch die Geschichte des dritten Aufstandes in Tausenden von Einzelfällen zu einem Gesamtbild fassen kann, fliehen aber schon die Nachrichten, die von der Vorbereitung eines neuen Aufstandes berichten. Vor aller Welt muß mit letztem Ernst festgestellt werden, daß, wenn dieser neue Aufstand kommt, wenn die Leiden der deutschen Bevölkerung nicht zu Ende gehen, die Lage in Oberschlesien alles übertreffen wird, was man an Greuel und Menschenleid sich vorstellen kann.

Die Stimmung der französischen Truppen hat sich durch das Eindringen der Engländer zu noch stärkerem Unmut vergrößert, und die Stimmung der Deutschen ist so verärgert, daß niemand voraussehen kann, wie der Weg dieser Verzweiflung gehen wird. In der vielleicht nicht einmal langen Frist, bis wieder die Flammen von Greuel und Krieg über Oberschlesien gehen, seien deshalb noch einmal mit Sachlichkeit ein paar Tatsachen aufgeführt, die den Beweis für die Haltung der französischen Truppen, für die Verbrüderung mit den Insurgenten geben. Wie nicht einwand-

frei zu beweisenden Fälle sind ausgefallen, die hier vorgetragenen Einzelbeispiele sind bezeichnend. Es ist natürlich nicht möglich, die Namen der Zeugen zu geben; sie befinden sich noch in Oberschlesien, sie befinden sich noch in der Gewalt dieser Interalliierten Kommission, deren höchst eindeutiges Bild auch noch einmal zu zeichnen sein wird.

Am 3. Mai kam des Morgens um 6 Uhr ein Trupp französischer Soldaten unter Führung ihrer Offiziere die Grünstraße von Kattowitz herauf, ihnen begegnete ein Trupp von Insurgenten, in ungefährender Anzahl von 50 bis 60 Mann. Darunter befanden sich Leute, von denen vier ein schweres Maschinengewehr, einer ein leichtes trugen. Ein älterer Mann fuhr auf einem Handwagen die Munition für die Maschinengewehre nach. Die Insurgenten waren mit Seitengewehren und einige mit Handgranaten bewaffnet. Sie trugen um den linken Arm eine weiße Binde; sie waren so als Insurgenten gekennzeichnet. Bei der Begegnung begrüßten die Insurgenten die Franzosen zum Teil mit militärischem Gruß. Die Franzosen dankten ihnen militärisch, ohne die geringsten Anhaltungen zu treffen, ihnen die Waffen zu nehmen.

Am 3. Mai, nachmittags 2 Uhr, fuhren Franzosen in einem Lastauto die Wollstraße in Zabedze entlang und verteilten Gewehre an die Insurgenten.

Am 3. Mai, nachmittags zwischen 12 und 1/2 Uhr zeigte sich in der Nähe von Grünstadt und dem alten Friedhof ein französisches Lastauto, das die Straßen langsam passierte. Die Franzosen ließen nach und nach fünf Gewehre von dem Auto auf die Straße fallen. Die patrouillierenden polnischen Banden setzten sich sofort in den Besitz dieser Gewehre, nachdem sie durch Zeichen von den Franzosen verständigt worden waren. Für diesen Vorfall sind zwölf verurteilte deutsche Zeugen vorhanden.

Das französische Lastauto der Interalliierten Kommission, bezeichnet: J. K. 6916, hat am 3. Mai, nachmittags 1 Uhr 50 Minuten 15 Gewehre auf die Straße geworfen, die von den Insurgenten sofort aufgenommen wurden.

Diese Beispiele von Waffenabgabe der Franzosen lassen sich beliebig vermehren; sie geben immer das Bild, wie die Franzosen mit zynischer Offenheit den Insurgenten Waffen verschaffen.

Ein anderer Vorfall zeigt, wie sich die Franzosen sogar mit den plündernden Insurgenten in die Beute geteilt haben. Am 29. Juni wurde ein Zigarettengeschäft in Kattowitz auf der Krakauer Straße von Insurgenten ausgeraubt. Die Insurgenten teilten die Zigaretten und Rauchwaren mit französischen Soldaten unter dem Ruf: „Vive la France!“

Ein Einzelfall zeigt die Stimmung der französischen Offiziere. Am Sonntag, den 5. Juni, kurz vor 10 Uhr abends, wollten zwei deutsche Herren in ihr Haus gehen; während der Hausmeister die Haustür abschließen wollte, wurde die Tür gewaltsam von einem französischen Offizier aufgetoßen. Der betreffende Offizier drang in den Hausflur, verfecht dem einen der Herren mit geballter Faust einen Schlag ins Gesicht, so daß er, aus Mund und Nase blutend, zurückfiel. Bei dem Versuch, aufzustehen, verfecht ihm der Offizier mehrere Fußtritte und Schläge. Danach ging der Offizier nach der eine Treppe höher gelegenen Wohnung des anderen Herrn. Er erzwang die Öffnung der Tür und forderte die Bewohner auf, mit ihm zu gehen. Auf die Frage, warum, gab der Offizier dem Herrn einen Fußtritt, so daß er die Treppe hinunterfiel. Er wurde mit dem anderen Herrn, der inzwischen draußen von einer französischen Patrouille festgenommen war, nach dem Wilhelmplatz geführt. Auf dem Wilhelmplatz führte der Offizier: „... deutsche Schweine, deutsche Hunde...“ er werden euch noch auf die Knie zwingen, ihr „Deutschland, — Deutschland-über-alles-Schreier!“ Auf der Wache wurden die Herren in größtmöglicher Weise von dem Offizier mißhandelt. Er schlug mit einer Reitpeitsche nach dem einen der Herren und verfecht dem anderen mehrere Schläge gegen die Brust, indem er rief: „Da hast Du es, Du Dreckschamell!“

Deutsche, die sich von den Insurgenten zu französischen Wachen geflüchtet hatten, wurden

fast regelmäßig den Insurgenten ausgeliefert; so u. a. am 15. Juni ein deutscher Beamter, der erst auf der französischen Wache mißhandelt und dann den Insurgenten übergeben wurde, die ihn nach Zawodzie brachten.

Es wäre ein Buch zu schreiben, wollte man nur die Fälle, die mir in der Zeit meines ober-schlesischen Aufenthaltes bekannt geworden sind, zusammenfassen. Die Tatsachen sind selbsterklärend; die Franzosen sind nicht verborgen. Aber in der gleichen Zeit, da diese Dinge sich auch noch heute täglich in Oberschlesien abspielen, hat Herr Briand den Mut, in der französischen Kammer zu erklären, daß die Franzosen in Oberschlesien nur nach Gerechtigkeit gingen. Die französische Gerechtigkeit heißt: Nieder schlagen der deutschen Bevölkerung, die französische Gerechtigkeit heißt: Unterstützen der Insurgenten in jedem Fall, die französische Gerechtigkeit heißt: Hinüber spielen Oberschlesiens an Polen mit jedem Mittel. Es ist schämlich für die französische Armee, daß nur sehr wenige französische Offiziere dieses Auftreten in Oberschlesien nicht verdammt mit ihrer soldatischen Ehre gehalten haben. Die Engländer, die täglich Zeugen dieser Dinge sind, verdamten diese Handlungsweise. Aber man soll nicht vergessen, daß sie sich als Bundesgenossen fühlen und daß zwischen dieser Verachtung der Franzosen und dem Geringschätzen der Deutschen Unterschiede vorhanden sind, die nur der Engländer versteht.

Die ober-schlesische Bevölkerung ist ihrer Besatzung nach geduldiger als viele andere deutsche Stämme. Allerdings muß man den Eindruck gewinnen, daß, wenn diese kaum verständliche Geduld einmal endgültig zerbrochen wird, die Wirkung um so fürchterlicher sein muß. Als Augenzeuge und Beobachter muß man feststellen, daß eine Wolke von Grauen über Oberschlesien heranzieht, die alles bisher Gesehene, und fürchterlicher Gesehene, noch überbietet. Wir wissen, ein deutscher Schrei verhallt, aber wir schreien in das Fragenschrei von Europa: Oberschlesien wird gemordet, es wird gemordet von Franzosen und Polen!

Hoff Brandt.

Verhandlungen wurde von der Verwaltung der Kasse zu einer Sitzung auf den 25. Juli überufen. Als wichtiger Punkt soll dabei über den weiteren Ausbau der Krankenkasse sowie über deren Verhältnis zu dem Verband der Krankenkassen für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende Deutschlands verhandelt werden. Auch Organisationsfragen und Entschädigungsansprüche stehen auf der Tagesordnung. Die Kasse verfügt heute über mehr als 4000 Mitglieder, woraus die große Bedeutung der Handwerker- und Gewerbehervergeht.

Kassat, 16. Juli. Am 1. und 2. Oktober findet eine Zusammenkunft der ehemaligen Angehörigen des Infanterieregiments Nr. 111 statt.

Ringolsheim (H. Bruchsal), 18. Juli. Bei der am Samstag abgehaltenen Bürgermeisterversammlung wurde mit 1 Stimme Mehrheit Kandidat Neff gewählt. Der bisherige Bürgermeister Zutter ist somit nicht wiedergewählt.

Staufen, 16. Juli. Auf der Wanderung ist der 23jährige Schulmacher Franz Kapp, gebürtig aus Bühlertal, einem Hitzschlag erlegen.

Aus dem Stadtkreise.

Landtagsabgeordneter Oekonomierat Saenger f. Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist Landtagsabgeordneter Oekonomierat Saenger, der Präsident des Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes, gestern nacht 11 1/2 Uhr in Diersheim gestorben. Er hat ein Alter von 54 Jahren erreicht. Die Beerdigung findet morgen Dienstag 1/2 Uhr nachmittags statt.

Brod und Brotpreis.

Wie wir aus dem Reichsernährungsministerium erfahren, enthalten die bisher in der Brotverwertung veröffentlichten Notizen neben richtigen Angaben wesentliche Irrtümer. Es ist anzunehmen, daß ab 16. August neben rationiertem, auf Brotmarken abgegebenen Brot auch markenfrees Brot von der Bevölkerung bezogen werden kann. Es ist weiter zutreffend, daß das rationierte Brot eine Preissteigerung erfahren wird, weil das Reich bei seiner finanziellen Notlage nicht weiter in der Lage ist, die bisher zur Preisbegrenzung der Brotpreise verwendeten Subventionen in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung des Brotpreises für Starkbrot wird etwa 40 Proz. des derzeitigen Preises betragen, das bedeutet einen Verkaufspreis für 1000 Gramm Brot etwa 7 Mark. Die Erhöhungen über den künftigen Preis des aus freiem Mehl hergestellten markenfrees Brotes entstehen jeder sicheren Grundlage. Es ist aber kein Anlaß zu der Annahme, daß dieses Brot 12 oder gar 14 Mark kosten wird. Selbst wenn es aus Auslandmehl hergestellt würde, könnte es bei dem heutigen Weltmarktpreis für Getreide und dem derzeitigen Salutarstand der Mark für einen geringeren Preis als 12 Mark abgegeben werden. Die Kosten für freies Inlandgetreide, woraus zuerst derartig markenfrees Brot hergestellt wird, werden voraussichtlich niedriger als für Auslandgetreide sein. Es darf schon mit Rücksicht auf die ab 16. August einsetzende freie Konkurrenz erwartet werden, daß der Preis für markenfrees Brot nicht ungebührlich ansteigen wird. Im übrigen ist von der Reichsregierung nicht beabsichtigt, Preise für freies Mehl oder daraus erbackenes Brot festzusetzen. Es würde sich hierfür auch die gezielte Subventionierung eignen.

Stiftungsfeier der hiesigen Schwarzburgerbindungen.

Am 9., 10. und 11. d. Mts. feierten die Schwarzburgerbindungen „Eberstein“ und „Hohenstaufen“ an der hiesigen Hochschule ihr 12. bezw. 1. Stiftungsfeier. Am Vorabend fand die feierliche Buchschenkfeier statt. Der Festkommission, an welchem mit dem Rektor der Technischen Hochschule, Herrn Prof.

Dr.-Ing. Ammann, mehrere Mitglieder des Lehrkörpers teilnahmen, fand im Saale des „Kroftobils“ und nahm einen feuchtfröhlichen Verlauf. Am Sonntag fand im Festsaale des „Friedrichshofs“ ein Festball statt, welcher mit seinem reichen Damenflor und den bunten Mägen der überaus zahlreich von neun Hochschulen erschienenen Bundesbrüder sowie einer großen Anzahl alter Herren und Gäste ein farbenprächtiges Bild bot. Die starke Beteiligung brachte erneut den Beweis, daß die Bestrebungen des „Schwarzburgerbundes“ in immer weiteren Kreisen Fuß fassen. Besonderen Wert legt dieser Bund neben gebiegener Ausbildung seiner Mitglieder auf geistige und gesellschaftliche Gebiet auf körperliche Erfrischung durch eifrige Pflege der Leibesübungen. Die beiden Verbindungen konnten bei dem Sportfest der hiesigen Technischen Hochschule fünf erste, einen zweiten und einen dritten Preis erringen, während bei den Kämpfen um die badische Hochschulmeisterschaften in Freiburg nicht weniger als vier Meistertitel den Mitgliedern der beiden Verbindungen zufielen.

Die Dürre hält weiter an. Schon beginnt das Laub von den Bäumen zu sinten: das Bild der erstarbenden Natur leuchtet uns schon jetzt entgegen. Nun machen die Bäder ein gutes Geschäft. Da die Luft der „Freiheit“ hier manche Schranke hinweggeräumt hat, so sind die Bäder Tummel- und Erholungsplätze geworden. Den Veranstaltungen ist die Witterung höchst günstig. So konnte sich am Samstag wieder eine wirkungsvolle „italienische Nacht im Stadtpark“ entwickeln. Bei anbrechender Dunkelheit tauchten aus dem Grün der Bäume und Sträucher die kleinen Sonnen der Lampen auf, denen sich die grünen Scheiben vollmagischer Wirkung auf den Gondeln angeschlossen. Das so entstehende reizvolle Bild in einer lauen Sommernacht wurde noch durch die bengalische Beleuchtung, in der die Fontäne sich besonders eindrucksvoll ausnahm, in der Wirklichkeit erhöht. Die Umgebung des Sees erchien durch die Lampen und die Beleuchtung in zauberhafter Weise konturiert, auf dem Wasser selbst schaukelten sich die Röhne. Ein Hornquartett spielte träumerische Weisen. Tausende von Besuchern erfreuten sich an dem Bild und der musikalischen Unterhaltung der Harmoniekapelle. Am Sonntag fand im Schützenhaus ein Königstreiben statt, das wie die Einweihung des neuen Bades der Naturheilvereine bei „glänzendem“ Wetter vor sich gehen konnte. Die schönen Tage fangen aber an, fürchterlich zu werden, da allmählich das Gespenst der Misere droht. Bangen Herzens sieht man jetzt zum Himmel, ob man nicht Wollen entdecken, aus denen der „Segen quillt“. Der letzten Tage Dual war groß. Hoffen wir, daß nun endlich allem Leben die ersehnte Labung werde.

Zur Bewältigung des Ferienverkehrs Holland. Süddeutschland-Schweiz und umgekehrt wird bis auf weiteres ein neues Schnellzugpaar 1. und 2. Klasse von Amsterdam über Mannheim-Schwetzingen-Karlsruhe-Freiburg-Basel und zurück zwei mal wöchentlich verkehren. Alles nähere besagen die Anschläge an den Stationen.

Postüberwachungsstellen. Die Post hat mit der Postüberwachung nichts zu tun. Die Postüberwachungsstellen sind Organe der Reichsfinanzverwaltung und unterstehen dem Reichsfinanzministerium. Auch das Personal der Postüberwachungsstellen wird von diesen selbständig angenommen und bezieht nicht etwa aus Postbeamten. Zuschriften und sonstige Anfragen, die die Postüberwachungsstellen betreffen, sind deshalb an diese unmittelbar oder an das Reichsfinanzministerium und nicht an die Postbehörden zu richten. Andernfalls verzögert sich ihre Erledigung. Auch wird durch eine solche falsche Zuleitung der Geschäftsbetrieb der Postverwaltung unnötig belastet.

Selbstmordversuch. Am Samstag gab ein 16 Jahre alter Schülerlehrling in seiner in der Weststadt gelegenen Wohnung 3 Schüsse auf sich ab. Während der eine fehlging, drang ihm der

andere oberhalb des rechten Auges in den Kopf. Der junge Mann fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Unfall. Am Samstag erlitt ein 18 Jahre alter Schloffer in einer hiesigen Fabrik dadurch einen Unfall, daß er beim Transport eines Nähmaschinenwagens den rechten Fuß unter ein Rad des Wagens brachte. Der junge Mann trug eine starke Quetschung des Fußes davon und mußte im Krankenhaus ins Städtische Krankenhaus gebracht werden.

Verhaftet wurden: Ein Dienstmädchen wegen Diebstahl im Rückfall, 1 Tagelöhner, der wegen Diebstahls zur Verhaftung ausgeschrieben, 1 Dienstmädchen wegen Diebstahlverdachts, 1 Techniker wegen Bruchs der Ausweisung und 1 Kellnerin wegen Gewerbsnuzsucht.

Veranstaltungen. Stadtkonzert. Am Dienstag, 19. Juli, abends 8 Uhr findet im Stadtpark ein Doppelkonzert des Solovortrags der Kärntner Oper und des Musikvereins Harmonie statt. Das Solovortrags der Kärntner Oper befindet sich auf einer Konzertreise. Es ist zu erwarten, daß auch in Karlsruhe den Rheinländer Gästen die gleichen künstlerischen Erfolge beschieden sind, wie in den übrigen Städten. Die Eintrittspreise sind nicht erhöht.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der amerikanischen Handelsvertreter.

in Berlin, 17. Juli. Heute vormittag um 11 1/2 Uhr empfing Außenminister Dr. Rosen die Vertreter der amerikanischen Zentralhandelskammer, die auf einer Studienreise durch verschiedene europäische Länder begriffen, seit einigen Tagen in Berlin weilten und amtlichen Kreisen genommen haben. An dem Empfang, zu dem auch die Damen der amerikanischen Gäste erschienen waren, nahm Reichszankler Dr. Wirth, Reichsjustizminister Dr. Schiffer, Wiedererbauminister Dr. Rathenau, sowie Vertreter des auswärtigen Amtes und der Reichsfinanzlei teil.

Rücktrittsabsichten Dr. Wirths? t. Paris, 18. Juli. Nach der „Chicago Tribune“ hat Reichszankler Dr. Wirth vor einigen Tagen dem englischen Botschafter gegenüber erklärt, daß wenn die Lösung der oberösterreichischen Frage nicht günstig für Deutschland ausfällt, die Sanktionen im Rheinland beibehalten werden, er die Lage als zu schwierig ansehe, um an der Spitze der deutschen Regierung zu bleiben.

Die polnisch-französischen Gewalttätigkeiten. t. Berlin, 18. Juli. Die polnisch-französischen Gewalttätigkeiten in Oberschlesien bestehen weiter. Die Ermordung des 15 jährigen Sohnes des Fabrikbesizers Masse in Anbnit, für dessen freies Geleit die Polen ihr Ehrenwort gegeben hatten, hat ein Vorstellungs schreiben an das Auswärtige Amt veranlaßt. Es heißt darin: In Anbetracht der ruchlosen Ermordung des 15jährigen Knaben richten wir an das Auswärtige Amt die dringende Bitte bei der Interalliierten Kommission in Dppeln mit stärkstem Nachdruck auf der Feststellung und Verfolgung der polnischen Mörderbanden zu bestehen. Die von der Interalliierten Kommission erlassene Amnestie schließt, in der Form, wie sie gehandhabt wird, so gut wie jedes Verbrechen und bedeutet somit eine weitere Aufforderung zu weiteren Ausschreitungen und Untat. Wir halten es für eine Pflicht der deutschen Reichsleitung, die oberösterreichische Bevölkerung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen, der Verfall der Vertrag entzieht die deutsche Regierung dieser Verpflichtung gegen das eigene Volk nicht.

Eine Stimme der Vernunft. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 18. Juli. Zu der Frage der Sanktionen äußert sich „Reit Parisien“ in bemerkens-

wertester Weise. Er sagt, wenn man den Obersten Rat jetzt nicht einberufe, so lehne man damit auch eine Änderung des Regimes der wirtschaftlichen Sanktionen ab. Das Blatt fragt sich, ob eine solche Ablehnung zu billigen sei, da die Sanktionen seinerzeit beschloffen wurden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen in der Reparation, der Entwaffnung und der Kriegsschuldigenfrage nicht nachkam. Jetzt jedoch müsse man anerkennen, daß Deutschland für die Entwaffnung und für die Reparation Wesentliches getan habe. Unter den jetzigen Bedingungen wäre es nicht gerecht, nimmere die Rheinlinie aufrecht zu erhalten, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands ernstlich gefährde. Die Aufhebung läge im Interesse Frankreichs. Solange diese wirtschaftlichen Sanktionen bestehen, sei es schwer, wenn nicht gar unmöglich, den Reparationsorganismus in Bewegung zu setzen. Wenn man wünsche, Deutschland solle zahlen, müsse man auch beginnen, ihm die Hände zu lösen. Der „Reit Parisien“ bezeichnet die Sanktionen als ein zweischneidiges Schwert, das sich notgedrungen auch gegen Frankreich wenden müsse.

Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes.

in Paris, 17. Juli. Die gemischte Kommission für die Herabsetzung der Rüstungen ist heute vormittag unter dem Vorsitz Vivianis zusammengetreten. Mit Ausnahme des schwedischen Delegierten Branting, der sich vertreten ließ, sind sämtliche eingeladenen Delegierten erschienen. Außerdem hat das Internationale Arbeitsamt 3 Vertreter entsandt, den französischen Gewerkschaftsführer Juhang den holländischen Gewerkschaftsführer Audegeest und den Schweden Thorberg. In seiner Eröffnungssprache sagte Viviani, er werde, sich auf dem Posten, den er vorläufig angenommen, nicht gestatten, eine Methode einer allgemeinen Diskussion festzulegen. Eine ähnliche Rolle wie die Konferenz von Brüssel, die nur die Grundlage für spätere Entscheidungen des Obersten Rates geliefert habe, werde auch die jetzige Tagung spielen können. In dieser Auffassung werden wir in keiner Weise gebindert, durch die große und edle Initiative, die Präsident Harding vor einigen Tagen ergriffen hat. Im weiteren Verlauf der Sitzung begrüßte der englische Delegierte ebenfalls den amerikanischen Schrift. Er stellte mit Nachdruck fest, daß der Völkerbund nur mit Freuden alle die beiderseitigen Konferenzen begrüßen könne, die in der Absicht abgehalten würden, schrittweise zu einer Lösung des Problems der Abrüstung zu gelangen. Was die Frage der Abrüstungen anbetreffe, so sei es angebracht, Vorsicht zu zeigen, solange Deutschland und Rußland außerhalb des Völkerbundes stehen. Der Italiener Schanzer drückte ebenfalls seine Sympathie für die Initiative des Präsidenten Harding aus. Er erklärte sich einverstanden mit dem englischen Delegierten Fisher, in diesem Problem schrittweise und mit Vorsicht vorzugehen, in dem man Rücksicht auf die augenblickliche Rechtslage nehme.

Vom Wetter.

Das Hochdruckgebiet hat sich verflacht und nach Nordwesten zurückgezogen, während über Frankreich ein Tiefdruckgebiet vorbringt, das in Süddeutschland gestern Trübungen und Gewitter gebracht hat. Es sind stärkere Gewitterregen, aber zunächst nur geringe Abkühlung zu erwarten.

Vorherige: Vielstark Gewitterregen, zunächst nur geringe Abkühlung.

Auskunftei Bürgel
Inhaber Car. Selppe.
Einzel- u. Abonnementsauskünfte für Jedermann.
Wendstraße 3, III, Telefon 455.
Zweigbüro für Einzel-Auskünfte Kaiserstr. 215, I.

Niebsche und Strindberg.

Im Jahre 1888 begegneten sich die beiden einjämigen Geister ihrer Zeit in einem kurzen Briefwechsel, den jetzt Karl Streckler in seiner Studie „Niebsche und Strindberg“ bei Georg Müller, München, herausgibt und durch biographische Forschungen und vergleichende Betrachtungen ergänzt. Er ist den Spuren der beiden Großen an den Schattens des Schaffens und Lebens nachgegangen. Er hat den „melancholischen Euphor“ der Straße Carlo Alberto in Turin aufgesucht und den schmalen Zugang des Hauses betreten, in dem Niebsche drei Treppen hoch einmala hausend in febriler Ration arbeitete. Abends, so erzählt man, hat Niebsche oft stundenlang auf dem Klavier phantasieiert und die musikalische Tochter des Hauswärters wollte wissen, daß es weiß — Wagnerische Musik gewesen. Einige Tage vor seinem Anfall schon einmal einen Strahlenanfall verursacht. Ein müder alter Droschkengaul, der auf dem Platz vor seinem Wagen stand, erregte, daß er ihm um den großen Mittelvermischte weinte. „... In der letzten Zeit bewohnte Strindberg mit seiner kranken Frau und zwei Kindern eine kleine Manarde eines „alten Spießhais“ in Holte bei Kopenhagen. Streckler findet in dieser Stätte und ihrer Umgebung das was man aus dem Roman „Tschandala“ erwaschen ist, der sich ganz in einer Niebschenschen Ideenwelt bewegt. Es ist bekannt, daß Strindbergs, dessen Grabkreis die Aufschrift: „Ave crux spes unica“ trägt, später weit ab von dem Wege des großen Antidhristen. Aber noch im Jahre 1892 hat er zu dem Verfasser gesagt: „Niebsche hat allein für das Wort gefunden, was ich im letzten Jahrzehnt gefühlt und gedacht habe“.

Ein Zeugnis dessen, was beiden gemeinsam war, ist der Briefwechsel, der anknüpfend an Niebschens, Erfinden, Uebersetzungsmöglichkeiten ihrer Werke die gegenwertige hohe Verehrung und die verwandte Einstellung zu einer „uninteressierten, unangenehmen

Umwelt zum Ausdruck bringt. „Ohne Zweifel haben Sie der Menschheit das tiefste Buch gegeben, das sie besitzt“, schreibt Strindberg über den Zaratskura, und Niebsche findet in Strindbergs Drama „Der Vater“ seinen „eigenen Begriffs von der Liebe — in ihren Mitteln den Krieg, in ihrem Grunde den Tod der Geschlechter — auf eine grandiose Weise zum Ausdruck gebracht“ und nennt ein Schreiben Strindbergs den „ersten Brief mit einem welthistorischen Akzent, der mich erreichte“.

In manche Briefstellen Niebsches spielen schon Antwortstellungen seiner beginnenden Umnachtung hinein, die dann in den beiden letzten Willekts offenbar wird, welche die wahrhaftige und doch tief wahrhafte Unterschrift „Der Gekreuzigte“ tragen.

Theater und Musik.

Noch eine Bühnengründung in Leipzig. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Unter dem Namen „Verein Deutsche Bühne“ hat sich in Leipzig eine Organisation gebildet, die allen Kreisen der Bevölkerung die Aufführung guter deutscher Schauspiele und Opern zu billigen Preisen ermöglichen soll. Bereits in der nächsten Spielzeit wird der „Verein deutsche Bühne“ in Leipzig mit den ersten Aufführungen und zwar im Städtischen Alten Theater beginnen. Schauspiele von Goethe, Schiller, Lessing werden den Anfang machen. Gute Opern sollen folgen. Die Mitgliederzahl, die zum Besuch der Aufführungen berechtigt, kann durch einmalige Zahlung eines Beitrages von 5 M und 10 M für die Spielzeit erworben werden.

Volksabstimmung über Richard Wagner. Die Frage der Wiederaufnahme der Wagnerischen Musikdramen in die Spielpläne der Internationalen Oper, die in so ziemlich aller Lan-

dern der Entente bereits zugunsten des Wagnerischen Kunstwerks entschieden wurde, ist für Belgien immer noch offen und hat in mehreren belgischen Städten recht bemerkliche Erscheinungen gezeigt. In Gent hat man sich beispielsweise in dieser Angelegenheit zu einem Plebiszit entschlossen und die Bevölkerung aufgefordert, über die Frage: „Sollt Ihr in Zukunft noch deutsche Opern hören?“ in geheimer Wahl abstimmen. Das Plebiszit hat sich nahezu einstimmig für Wagner ausgesprochen, und infolge der Abstimmung befindet sich bereits eines seiner Musikdramen in Neuenstudierung.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Braunkohlenforschungsinstitut in Sachsen. In Freiberg i. Sa. fand die Grundsteinlegung des neuen Braunkohlenforschungsinstituts statt, dessen Errichtung durch den sächsischen Staat, die Industrie und die Stadt Freiberg ermöglicht wurde. Die Kosten des Baues belaufen sich auf etwa 10 1/2 Millionen Mark. Das Institut wird drei Abteilungen umfassen: die chemische, wärmetechnische und mechanische Abteilung.

Kulturabgabe und Experimentierzuschlag. Bei den wichtigsten Fragen, die angeblich den deutschen Buchhandel und alle, die an ihm interessiert sind, beschäftigen, die Frage der Kulturabgabe, der wirtschaftliche Gesundung der geistigen Urheber erdöglichen soll, und des Abbaus der Sortimenterszulage, der zur Wiederherbeiführung geordneter Verhältnisse für die Preisberechnung der Bücher für nötig gehalten wird, liegen jetzt zwei wichtige neue Tatsachen vor. Die Vereinigung der deutschen Kunstverleger hat — natürlich — gegen die Kulturabgabe Stellung genommen. Ihr Verzicht weist darauf hin, daß Kunstverleger, schon mit der erhöhten Umsatzsteuer von 15 Prozent in der Mehrzahl befallen sind. Rufen nun noch die 10 Prozent für die Kulturabgabe hinzu, so würde das nach Ansicht der Kunstverleger eine solche Vertenerung ihrer Arbeit bedeuten, daß eine Unterbindung der Veröffentlichung von Kunstwerken in Form von graphischen

Blättern, Mappenwerken usw. gleichkäme. Man wird diesen Einpruch, besonders im Hinblick auf die immer noch bestehende „Luxussteuer“ für Kunst zu beachten haben, sich aber fragen müssen, ob dann nicht, wie längst wünschenswert, eben die Luxussteuer auf diesem Gebiete zu fallen hätte. Die Vereinigung wissenschaftlicher Verleger hat nunmehr den vieldumstrittenen Vertrag, der die im Kriege eingeführten Steuererhöhungen für den Sortimenterbuchhandel aufhebt und dafür die Ladenbuchhändler durch günstigere Rabattierung entschädigt, in Kraft treten lassen. Für Bücherkäufer wird das zur Kontrolle der immer noch sehr unregelmäßigen Preisberechnung besonders in kleineren Betrieben dienlich sein können. Der Vereinigung gehören allerdings eine Reihe der angesehensten belletristischen Verlage, z. B. Insel, S. Fischer, Georg Müller, Bruno und Paul Cassirer, Piper und viele andere nicht an, während die meisteinkaufenden Großverlage von Unterhaltungsliteratur billigerer Art hier organisiert sind. Andererseits hat die Deutsche Buchhändlergilbe, ein Sortimenterverband, in überwiegender Mehrheit erklärt, er wolle sich dem genannten Verträge nicht anschließen. So ist auch hier die Lage immer noch unklar, trotzdem, wie wir meinen, eine Einigung im Interesse nicht nur des Gesamtbuchhandels, sondern auch der ganzen Bücherkäufernden Leserschaft wäre.

Die Weltgeltung der deutschen Sprache auf wissenschaftlichem Gebiet. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Wie das „Brennblatt“ für den Deutschen Buchhandel“ Leipzig, mitteilt, sind die meisten Arbeiten in der jetzt wieder nach Deutschland gelangenden japanischen Zeitschrift „Tohoku journal of experimental medicine“, das von der kaiserlichen Tohoku-Universität herausgegeben wird, in deutscher Sprache geschrieben. Vereinzelte Beiträge sind auch in englischer oder französischer Sprache abgefaßt, doch fehlt auch dann niemals die deutsche Uebersetzung. — ein Beweis, daß es nicht gelungen ist, die Weltgeltung der deutschen Sprache auf wissenschaftlichem Gebiete zu verdrängen. R.

Ausschreibung.

I. Verkauf von Eisen- und Holzmaterial.

Die Reichsvermögensstelle Germersheim verkauft in öffentlicher Versteigerung an die Meistbietenden am **Montag, den 25. Juli 1921**, nachbeschriebenes Brückenmaterial:

- 66 T Träger NP 45, je 7 m lang = ca. 52 000 kg
- 81 eiserne Ständer, einbetoniert, aus 2 U Eisen NP 22, 2-3 m lang = ca. 12 000 kg
- 48 eiserne Ständer aus 2 U Eisen NP 30 8-9 m lang = ca. 73 000 kg
- 10 m Geländer aus T NP 10 und 14, 30 k stark, aus Eisenblech.
- 2 neue Stützbohlen.
- 2 eiserne Stützbohlen, jeder ca. 400 kg.
- 2 neue Schlauchbohlen, jeder ca. 150 kg.
- 12 stark gemauerte Böden aus feinstem Kantholz 18/22, 2 m hoch.

2 Hammerwerke mit Eisen beschlagen. Werner feines Kantholz 28/34 und 18/22 ca. 180 cbm.
2 eiserne Bohlen, 60-70 mm stark, 4, 5-6 m lang, 25-30 cm breit, = ca. 55 cbm.
2 Robottrommeln mit je 400 m laufendem Kabel (= 10 Doppelader 0,8 mm stark).
48 Gantaxe je 30-100 m lang, 25-52 mm stark.
Die Materialien lagern am größten Teile in einem Schuppen am Rheinsheim und dem rechten Rheinufer, das Zuwerk in der Remise Nr. 114 bei der Schiffbrücke dieses Ufers und können dort jeden Montag und Donnerstag von 8-12 und von 2-6 Uhr, außerdem während der Versteigerung eingesehen werden. Verkaufsbedingungen können in den Geschäftszimmern der Reichsvermögensstelle Germersheim eingesehen und zum Selbstkostenpreis von M. 3.- bezogen werden.

Schriftliche Angebote mit der Aufschrift „Verkauf von Eisen- und Holzmaterial“ können am 23. Juni 1921, vormittags 10 Uhr an die Reichsvermögensstelle Germersheim eingereicht werden und finden bei der Versteigerung Berücksichtigung. Beginn der Versteigerung bei dem Schuppen Nr. 227 am rechten Rheinsheim und dem Rheinufer am 25. Juni 1921, vormittags 9 Uhr.

II. Verkauf eines hölzernen Schuppens.

Im Anschluß an die Versteigerung des Brückenmaterials wird der als Lagerraum für dieses Material dienende **hölzerner Schuppen Nr. 227** am rechten Rheinsheim und dem Rheinufer am 25. Juni 1921, vormittags 9 Uhr öffentlich an den Meistbietenden auf Abruch versteigert.

Reichsvermögensstelle Germersheim.

RESIDENZ-Lichtspiele
Waldstraße 30 Telefon 5111

Nur noch heute u. morgen!
Der Film von ewig bleibender
!!! Erinnerung !!!

Die schwarze Schmach

Die weltberühmten Passionsspiele

auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 m breit, 100 m tief, in Freiburg i. B., unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayerischen Christus- und Judasdarsteller Brüder Adolf und Georg Faßnacht. — Flächeninhalt der Festspielanlage 40 000 qm. — Spielzeit vom 16. Juli bis jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie am Feiertagen bis Ende September. — Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 7 Uhr. 1500 Mitwirkende. Auskunt und Prospekt kostenlos durch B. Gotthard, Freiburg i. B., Kaiserstraße 132. Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung. Die Festleitung.

STADTGARTEN
Dienstag, den 19. Juli 1921, abends 8 Uhr
Doppel-Konzert
Soloquartett der Kölner Oper und Musikverein Harmonie.
Eintritt: Mk. 1.20 (Jahreskarten), Mk. 2.20 (Sonstige), Kinder je die Hälfte.
Kartenvorverkauf: Verkehrsverein u. Schalterkassen des Stadtgartens.
Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.

Deutsche Demokratische Partei
Ortsverein Karlsruhe.
Dienstag, den 19. Juli 1921, abends 8 Uhr
im Saal III der Brauerei Schrenpp (Waldstraße 16)
Abend für freie Aussprache.
Den einleitenden Vortrag über:
Das Grundstückspergefeh
hat Herr Landtagsabgeordneter Dr. Leser übernommen.
Unsere Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Einführung von Gästen gestattet.
Der Vorstand.

STICKEREISCHULE
DES BADISCHEN FRAUENVEREINS
zugeteilt der
Textilabteilung der Bad. Landeskunstschule.
Beginn des beruflichen Ausbildungskurses am 3. Oktober. Mündliche Anmeldungen bis 22. Juli und vom 6. September ab täglich von 9 bis 12 und 3 bis 5 Uhr.
Schriftliche Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Kunststickereischule, Westendstraße 81, Karlsruhe.

Achtung! Bestellen Sie noch heute!
Wegen zwangsweiser Räumung großen Mietlagers, nur solange Vorrat reicht, diese
4 garantiert Rein-Aluminium-Rochtöpfe mit Deckel
Inhalt 4 3 2 1 1/2 Liter
nur 99 Mark franko Nachnahme.
Bei Nichtgefallen Umtausch gestattet.
Gratis! erhält jeder 50ste Besteller **Gratis!** diesen Rein-Aluminium-Wasserkessel, 3 Liter Inhalt.
Bedingung: dieses Inserat mit einsenden.
Aluminium-Industrie Herm. Detert & Cie. Hannover.

WURM-SHOKOLADE „MEHO“
das sicher wirkende Mittel gegen **MADEN und SPULWÜRMER** zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Bäder- und Kur-Anzeigen
finden weitestgehende Verbreitung durch das **Karlsruher Tagblatt**

Wanzen und Brut
verfügt r e s i o s nur Kammerjäger Berg's Nicodaaal. Erfolg verblühend. Kinder, anzw. Dankschr. v. überall. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Doppelpackung M. 7.—
Erhällich bei O. Fischer, Fideletas-Drogerie, Karlsruh. 74, R. W. Lang, Drogerie, Kaiserstr. 24, sonst portofrei bei Hermann A. Groesel, Berlin 248, Königgrätzerstr. 49

Zwangsvollstreckung
Dienstag, den 19. Juli 1921, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal Steinstr. 23 gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
Möbel jeder Art, Büffelfederbetten, Bijouteriewaren, 2 Paar Notwein, 1 Tafelkavaler.
Karlsruhe, den 18. Juni 1921.
Kourad Rater
Gerichtsvollzieher

Zu vermieten
Schön möbl. Zimmer an vermieten: Friedrichstraße 70 Nr. 1.
Wohlfühler Zimmer an besserem Herrn auf 1. August zu vermieten: Leopoldstr. 1 a III, Kaiserplatz. Schärer.

Mietgesuche
Dringend.
Selbst. best. Erdleite (Licht auf 1. od. 15. August) auf möbl. Zimmer ohne Frühstück im Zentrum der Stadt. Angebote u. Nr. 6574 ins Tagblatt.

Offene Stellen
Gewandte **Stenotypistin** für hiesiges Schriftbüro zu baldigem Eintritt gesucht. Es sollen sich nur solche Damen melden, die schon einige Jahre auf kaufm. Büro tätig waren und gute Schulbildung besitzen. Dasselbe könnte auch ein Lehrling sein mit guter Schulbildung in die kaufm. Lehre angenommen werden. Angebote unter Nr. 6575 ins Tagblatt zu erbringen.

I. Zäunenarbeiterin, durchaus perfekt und selbständig, wird für dauernde Stellung per September gesucht.
Geschw. Traub, Hebelstraße 28.
Für guten Haushalt im Schwabwald wird ein tüchtiges Fräulein gesucht, welches auch kochen kann. Dienstboten vorhanden. Angebote unter Nr. 6577 ins Tagblatt.

Frau für 1-2 Stunden vormittags gesucht.
Wanda & Walter Erbsingstraße 8.

Gute Verpflegungen verbunden mit gutem Einkommen, soll an tüchtige Personen sofort vergeben werden. Es handelt sich um die Verpflegung in den Kreis Karlsruhe und zwar eines volkreichen städtischen Instituts, der längere Bestand hat. Hohe Bezahlung u. monatlicher Barauszahlung von 300-500 Mk. Nähere Details, denen für ein Vorgesetzter von ca. 3000 Mk. nur Verfügung steht, wollen sich melden unter Nr. 6580 ins Tagblattbüro.

Kapitalien
200.000.— auf Bank prima, sofort od. später u. Stelle aufzunehmen a e f u t. Off. Angebote unt. Nr. 6576 ins Tagblattbüro.

Empfehlungen
Ihre Passbild in wenigen Minuten nur im Photographie-Atelier, Gerrenstr. 38.
Verloren u. gefunden
Junges, graues **Kater verkauft**. Gegen Belohnung abzugeben: Friedrichstraße 54 II.

Verkaufe
Sehr gut erh. vollständ. Bett, sowie amerikan. großer Schrank mit Tischabteilung zu verfr. Näheres Friedrichstr. 70 I.
Möbel, Ruf, Adlerlager Nr. 8, str. 8. Möbel, die gebraucht werden u. Betten billig zu verkaufen.

Diwans
neue, in Stoff u. Plüsch für 500 u. 750 M. u. vert. Köhler, Schützenstr. 25.
Ein **rauder Tisch**, zwei **Stühle** zu verfr. Anzueh, zu jeder Tageszeit. Adresse im Tagblattbüro zu erfragen.

Schreibmaschinen versch. Systeme preiswert zu verkaufen.
Fr. Hämer, Karlsruhe Analtentstr. 51. Tel. 2127.

Blehdosen
m. Patent-Eindruckedel ca. 1 Fd. Inhalt, ar. Boden, zu jedem annehmbarem Preis abzugeben. Müller Kottenlos.
Calin, Säbingerstraße 8.

Kaugestüte
Damenrad sowie **Klavierspieler** 9x12, mit guter Optik, beides gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit genauen Angaben, Adressat und Preis unt. Nr. 6579 ins Tagblattbüro.

Bartlett-Bloder und **Bade-Einrichtung** zu kaufen gesucht. Off. Angebote unter Nr. 6572 ins Tagblattbüro.

Abonnenten
berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten des **Karlsruher Tagblatts**.

Washbecken, Klosetts, Badewannen, Badofen.
Emil Schmidt & Kons.
Kaiserstraße 209.

Obst- u. Wein-Pressen
mit Spindel- u. hydraulischem Druck in allen Größen, Obst- u. Traubenmühlen für Hand- und Kraftbetrieb kaufen Sie am besten und billigsten diese heute schon bei der Spezialfabrik für moderne Kelterei-Maschinen
J. Dieffenbacher Söhne, Maschinenfabrik, Eppingen 48 Baden.

Tapeten.
Reichhaltige Auswahl, niedrige Preise, Uebernahme v. Tapezierarb.
S. Durand, Douglasstraße 26, Tel. 2435 b. d. Hauptst.

Wald
Wanderungen in die schönsten Gegenden der Karlsruher und Schwarzwald-Region.
Preis Mark 6.- ohne Karten M. 2.40, einh. Buchhändlerkarten u. bestehen durch alle Buchhandlungen und Reisebüros.
C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe, Ritterstraße 1.

KRAGEN-SCHORPP
wäscht u. bügelt in altbekanntester Ausführung
Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Das ehemalige Benediktinerkloster St. Blasien
von Ludwig Schmeider
Nr. 14 der Heimatflugblätter „Dom Bodensee zum Main“
herausgegeben vom Landesverein Badische Heimat
52 Seiten mit 31 Abbildungen und 1 Karte (Bodensee bis 1808). Preis M. 7.50.
Während Baugeschichte, futurales Bodensee-Interesse, Zeit- und Landesgeschichte, reichhaltige Bilder, in denen die Wiederherstellung des Klosters, in dem die Bauleitung und Planung von Ing. u. Arch. eines reichen Materials an Bauplänen, Grundrissen und Ansichten glänzend ausgeführt sind, auf der Zeit der Befestigung im einleuchtendsten Bild, in dem die Stadt und Kloster als etwas in den Vordergrund tretend, St. Blasien weit über die Lande einer Vielheit nahebringt.

Das ehemalige Benediktinerkloster St. Blasien
In Bezügen durch alle Buchhandlungen und vom Verlag:
C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung m. b. H. Karlsruhe (Baden), Ritterstraße 1.

Gesundung durch Sauerstoff
Hansuren ohne Berührung nach San. Rat Dr. Weise. Seit vielen Jahren glänzend bewährt. Kombinierte Kuren gegen Nervenleiden, nervöse Störungen jeder Art, Aderverkalkung, geschwächte Herzkraft, Erregungs- und Schwächezuständen, Lungenleiden, Gicht, Rheuma, Magen- und Darmleiden, Zuckerkrankheit, Leber-, Gallen-, Nieren- und Blasenleiden, Blutmangel und Frauenleiden, Unterernährung, Magerkeit, Stuhlträgheit, Hämorrhoiden usw. Verlangen Sie kostenfreie Auskunft und ärztliche Broschüre. Angabe des Leidens erwünscht, damit die richtige Sanitätsrat Dr. Weise's Heilanstalt, Berlin 168, Potsdamer Straße 104
Leitender Arzt: Dr. von Hahn * Sprechstunden 11-3

BODENTEPPICHE UND DECKEN werden fachgemäß gereinigt **FÄRBEREI D. LASCH** Telefon 1953
Filialen in allen Stadtteilen

Hve Maria.
Roman von Felix Neumann.
(Nachdruck verboten.)
(81)

„Vergessen wir einmal alles, was zwischen uns war, Maria, und — werden sollte!“ jagte Graf Titus. „Ich bin mehr als zwanzig Jahre älter als Du. Ich bin ein Tor gewesen und sehe es ein.“

Kaß sich in dieser Stunde an die Seite Deines treufliehen Vaters treten und vertragen mir an, was Du dem Mutterherzen nicht offenbaren konntest und wolltest, da Du fürchtest, kein Verständnis dafür zu finden. — Wie ist das alles gekommen?“

Der Heftwind spielte mit den Blättern. Maria schauerte zusammen und schmiegte sich, ohne daß sie es wollte, suchend an Titus an. Der legte väterlich den Arm um sie.

„Erzähle, mein Kind. Wäge alles von Deinem Herzen, dem armen, gequälten. Hier findest Du Verständnis und — Begreifen.“

Und sie beichtete.

Ganz leise, fast flüsternd, begann sie von ihrer ersten Begegnung mit Walter Grebenstein zu erzählen. Sie hatte den Kopf an die Schulter des Mannes gelehnt, der sie als dreißigjähriges Mädchen lachend auf seinem Rücken durch den Park trug, und in dem sie bis vor kurzem den Vater, wohl auch den Onkel, aber nie den Vetter gesehen hatte, der sie liebte.

Aber allmählich ging sie mehr aus sich heraus und berichtete freier. Nichts verschwiegen, nichts beschönigt, und auch die Klänge schilderte sie, als ihr die Mutter Titus' Antrag überbrachte.

Still, ohne Einwendungen, ohne Fragen hörte er zu.

Als sie von ihm sprach, war es ihr, als ob er zusammenaude.

Da aber nahm sie seine Hand und legte sie an ihre Wangen.
„Mein lieber, armer Titus!“
Sie hob den Kopf zu ihm. „Sieh, ich bin doch noch so jung und so töricht, als daß ich Deine stille, reine Liebe hätte verstehen können. Als Du mir heute die Hand gabst und mir Dein Haus als Heimat anbotest, da erst habe ich Dein Herz in seiner ganzen Heiligkeit und Größe erkannt.“
Der Mond glitt über der Fiar langsam empor. Die beiden hatten nicht bemerkt, wie die Zeit dahingeflohen war.
„Nun hatte sie ihre Erzählung beendet und mit stocdemem Atem lauschte sie, was er darauf sagen werde.“
Titus stand auf.
„Komme, Maria. Es wird kühl und von den Wiesen steigen Nebel auf. Wir wollen nach der Stadt wandern und dann einen Wagen nehmen.“
„Führe Dich zu uns. Und nun noch eins: Ich weiß jetzt alles, möge Dir dies Beiden sagen, wie ich urteile und denke.“
Er zog ihr Gesichtchen, das geisterhaft bleich zu ihm aufblühte, an sich und küßte sie auf die Stirn.
„Von heute an will ich Dein Vater sein, damit Du nicht als Waise durch die Welt gehst.“

Die schweren gelben Seidenvorhänge waren in dem traulichen Zimmer, das neben dem Schlafgemach der Gräfin Sedendorff lag, dicht zugezogen.
Auf dem Tischchen am Bette brannte, von tiefrotem Schleiher eingehüllt, ein elektrisches Glühlampchen.
Ein wohliges Halbdunkel breitete seine Flügel über den Raum. Kein Lärm drang von draußen herein.
Friede und Ruhe schienen an dem breiten Bette Wache zu stehen, in dem Maria saß.

Als Titus die Ershöpte nach Hause brachte, hatte er seiner Mutter leise zugeflüstert: „Frage nichts!“
Und so schloß Frau Mathilde ihre geliebte Nichte nur kumm in die Arme, brachte sie auf des Sohnes Geheiß zu Bett und trat dann erst in den Salon, wo Titus ihr ausführlich die Ereignisse des so folgenschweren Besudes bei Walter Grebenstein schilderte.
Stumm, die Hände im Schoß gefaltet, hörte die Gräfin zu.
Als ob das Haus über ihr zusammenstürzen wollte, so war ihr zumute, aber als sie sah, mit wie ruhiger in ihr geworden und sie sah die Dinge nun mit denselben Augen, wie es der Graf tat.
„Und Du, Titus?“
Frau Mathilde fragte mit zitternder Stimme.
„Ich bin in diesen Stunden von vielem klüger geworden, liebe Mutter. Man soll jung und alt nicht zusammenzucken und versuchen, das ist wider die Natur, das trägt sich, mögen die Beweggründe noch so gute sein. Ein Herz läßt sich nicht in gewisse Bahnen des Empfindens zwingen, es will seinen eigenen Weg geben. Wer sich dem entgegenstemmt, begeht ein schweres Unrecht. Ich habe den Traum, der mich erfüllte, abgeschüttelt und sehe nun wieder im realen Leben. Es ist mir nicht leicht geworden, aber es glückte mir.“
Seine Augen, weiden Augen suchten die tränenverkleierten der Mutter. „Wir zwei verstehen uns ja so gut, darum bitte ich Dich, mir auf dem Wege zu folgen, den ich um Marias willen einzuschlagen denke.“
Bis alles geklärt ist, ich denke Deine Liebe auch dem armen Ding, das gehst und verwirrt zu uns ins Haus kam.“

Sie nickte und drückte des großen Sohnes Hände.
„Ich habe nun noch eine schwere und wichtige Mission zu erfüllen, die nicht verschoben werden darf, ich will zu Klara fahren und mit ihr sprechen. So zornig sie auch schieb, weiß ich doch, daß sie um Maria bangen wird. Ich kehre, sobald es möglich ist, zurück und berichte Dir.“
Titus stand auf.
„Alles andere lasse ich bis morgen. Dann will ich weiter sehen, ob es möglich ist, Marias gefrandertes Schifflein wieder flott zu machen.“
Bemündernd blickte die Gräfin zu ihrem Stiefsohne auf.
Sie hatte ihn immer geliebt, und da sie kinderlos blieb, den erwachsenen Mann, den einzigen Sohn ihres Gemahls, ins Herz geschlossen. Sie wußte auch, welche trefflichen Eigenschaften der stille ernste Forscher vor den Menschen verbarg, so jedoch groß aber hätte sie den von der Gräfin oft Verkannten doch nicht eingeschätzt. Titus ging, Frau Mathilde begab sich in Marias Zimmer und setzte sich ans Bett. Und in der Stille der Nacht sprachen sich Tante und Nichte miteinander aus.
Erst schien es aber der Gräfin, als ob Maria lächelte, als sie aber ihre weiche, lächle Hand an die feberheiße Stirn des jungen Mädchens legte, die sie wie ihre Tochter liebte, schloß Maria die Augen auf.
„Hat Dir Titus alles gesagt?“
Aus den blassen Zügen blickten Angst und Kne.
„Ja — mein Kind!“
Zärtlich gingen der Tante Hände über Marias Wangen.
„Und — Du bist — hier — Du — achte mich nicht?“
Frau Mathilde schüttelte den Kopf.